



## „Der Käfer auf dem Rücken? Nicht schlimm, mitfühlende Politiker werden ihm wieder auf die Beinchen helfen – und er krabbelt munter weiter.“

Eva Sauer, Nafplion (Griechenland)

### Überfahren

Nr. 32/2017 Ende Legende. Wie Bundesregierung und Konzerne den Ruf der Auto-Nation Deutschland ruinieren

Es ist wie bei den Fußball-Leaks – es wird sich wohl nichts ändern. Erst wenn bei Leuten mit Millionengehältern wie Ronaldo, Zetsche, Müller, Stadler, Winterkorn und so weiter die Handschellen und Fußfesseln klicken würden und sie in Untersuchungshaft kämen, hätte dies weitreichende Auswirkungen auf die „Moral“. So hätten sich dann auch die aufwendigen SPIEGEL-Recherchen verdienstvoller gelohnt.

Roswitha Pell, Fürstentzell (Bayern)

In den Ländern der Dritten Welt wie Afghanistan, Somalia oder Sudan sind es die Warlords, die ihre Länder zugrunde richten. In Deutschland übernehmen diese Aufgabe nun die Manager der Automobilkonzerne. Ihnen sind die Gesundheit der Bevölkerung und die wirtschaftliche Zukunft der nachfolgenden Generationen völlig schnuppe. Hauptsache, es stimmen ihre kurzfristigen Profite.

Abdul Wahab Samadi, Leonberg (Bad.-Württ.)

Hervorragend recherchierter Bericht, mit dem Sie angesichts der nun ausbleibenden Anzeigenschaltungen der betroffenen Autobauer Rückgrat beweisen – Kompliment!

Lucian Jauch, Konstanz

Unsere oberste Regentin macht Urlaub, während die mächtigen Autoindustrien unsere Politikhansel an die Wand spielen und Verbraucher und Wähler über den Tisch ziehen. Gott sei Dank gibt es noch Medien wie den SPIEGEL, die nicht käuflich sind. Lasst Euch auch weiterhin nicht von der Mächtigenelite und den wegbrechenden Werbeeinnahmen beeinflussen. Vertretet auch künftig die sonst ungehörte Meinung Eurer Leser, prangert in unserem Namen an und zerrt das intrigante Machtgehabe von Politik und Industrie ans Tageslicht.

Uwe Engelage, Renningen (Bad.-Württ.)

So, habt Ihr es also geschafft, Eure wichtigsten Anzeigenkunden zu vergraulen. Wenn uns Deutschen in unserer ach so rechtschaffenen Vorzeigerepublik tatsächlich nur noch der SPIEGEL als Kontrollinstanz übrig bleibt, dann sollte uns das nicht nur zu denken geben, sondern auch so viel wert sein, dass wir wenigstens denselben Heftpreis bezahlen wie die Österreicher: 5,50 Euro. Und wir verzichten

künftig auf die Hochglanzanzeigen unserer ehrwürdigen Blechkistenhersteller.

Hans-Peter Brugger, Aulendorf (Bad.-Württ.)

Unsere Gesellschaft kann auf Dauer keine Verkehrsformen akzeptieren, die sich vor allem an Profitinteressen und egoistischen Lebensweisen orientieren, ohne Rücksicht auf katastrophale Schäden für Umwelt, Klima und Gesundheit von Millionen Menschen. Es wird Zeit, sogenannten autogerechten Städten das Todesglöcklein zu läuten. Öffentlicher und kostenloser Nahverkehr anstelle gemeinschädlichen privaten Individualverkehrs in Städten ist anzustreben. Stadtautobahnen und Parkhäuser in den Innenstädten sind rückzubauen beziehungsweise abzureißen. Stattdessen Vorrang für den Fahrradverkehr.

Horst Isola, Bremen

Die beste Zeit des Verbrennungsmotors dürfte vorbei sein, und alle Akteure täten gut daran, sich darauf einzurichten. In Deutschland gab es einige Tausend Stellen in der Uhrenindustrie, und es wurden noch sehr lange Röhrenfernseher produziert. Genützt hat dies alles nichts. Auch für die Automobilindustrie gilt: „Wer nicht mit der Zeit geht, der geht mit der Zeit.“

Walter Hagner, Tuttingen



ILLUSTRATION: SIMON PRAEDS / DER SPIEGEL

Da kann der SPIEGEL noch so viele Schweinereien aufdecken, belegen und anprangern – was nützt das, wenn eine korumpierte, der Autolobby das Wort redende Politik diesen himmelschreienden Skandal nicht ahndet, sondern ihn mittels eines scheinheiligen „Dieselgipfels“ ad acta zu legen versucht? Der Wahrheit wurde Tribut gezollt, Fehler wurden eingeräumt, Besserung wurde gelobt. Ein bisschen Make-up zur Beruhigung besorgter Bürger – und weiter geht es wie gehabt im Autoland Deutschland. Industrie und Politik können sich gegenseitig auf die Schulter klopfen für die Leistung, diese Abgründe

von offensichtlichem Betrug, Vetternwirtschaft und Geldgier durch bloße Lippenbekenntnisse umgangen zu haben.

Barbro Degand, Freiburg

Nach all den Enthüllungen über den Dieselskandal erschließt sich mir nicht, warum Sie die Software immer noch Schummelsoftware nennen. In meinen Augen dient dieser Begriff zur Verharmlosung des Betrugs. Es ist eine Betrugssoftware, und das Ganze ist gewerbsmäßiger Betrug.

Oliver Jann, Saarbrücken

Diejenigen, die sich einen Neuwagen leisten können, sollten jetzt klare Kaufentscheidungen treffen und somit die automobilen Zukunft in der Bundesrepublik mitgestalten, statt behäbig am Statussymbol deutsche Diesellimousine festzuhalten. Gleiches gilt für die Auswahl der Energieanbieter – im Saarland beispielsweise machen nach zehn bis zwölf Jahren die meist von ihnen betriebenen Erdgastankstellen dicht, just bevor sie turnusgemäß kostenintensiv gewartet werden müssten. Ein Schlag ins Gesicht für alle, die auf die derzeit ökologischste Variante des Verbrennungsmotors gesetzt haben. Meine Antwort auf die kartellgesteuerte Kurzfristperspektive der Energielieferanten: Wechsel zu möglichst unabhängigen Ökoanbietern.

Oliver Drechsler, Neunkirchen (Saarl.)

Spätestens jetzt muss jedem informierten und selbst denkenden Bürger und Menschen klar sein, dass unsere freie Marktwirtschaft ein zerstörendes System ist. Sie reguliert sich nicht selbst, weil manipuliert und betrogen wird, schon immer – der jetzige Fall der Autoindustrie nimmt nur besondere Ausmaße an. Die deutsche Politik, allen voran Frau Merkel, lässt sich mit unzutreffenden und falschen Argumenten überfahren und für dumm verkaufen.

Ruth Gehring, Freiburg

Im System stützt man sich gegenseitig: die Automobilindustrie, die aus Profitgier lügt und betrügt, die Regierungen, die das alles mittragen und Grenzwerte zum Schutz von Umwelt und Gesundheit abschwächen. Und die große Mehrheit der Autofahrer, durch Werbung manipuliert, will betrogen werden, fährt umweltschädliche, immer größere, leistungsstärkere Autos mit zweifelhaftem Antrieb. Wo bleibt der öffentliche Aufschrei, der sich endlich in Wahlergebnissen manifestiert?

Dr. Heinz Mestrup, Münster